

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/2413 und 17/2324 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 36 a bis 36 c auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Groß, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Angekündigte Mittelkürzung beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zurücknehmen

– Drucksache 17/2346 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Haushaltsausschuss

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Stephan Kühn, Daniela Wagner, Bettina Herlitzius, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortführen – Mit energetischer Sanierung Konjunktur ankurbeln, Arbeitsplätze sichern und Klima schützen

– Drucksache 17/2395 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Haushaltsausschuss

- (B) c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Stephan Kühn, Daniela Wagner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lebensqualität und Investitionssicherheit in unseren Städten durch Rettung der Städtebauförderung sichern

– Drucksache 17/2396 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Haushaltsausschuss

Die Aussprache werde ich erst dann eröffnen, wenn wir mit der nötigen Aufmerksamkeit dieser Aussprache folgen können. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die nicht vermeidbaren Wechsel möglichst geräuschlos vorzunehmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Michael Groß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Michael Groß (SPD):

- (C) Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere eine Schlagzeile aus dem *Handelsblatt* von Februar 2010:

Die Bundesregierung will den Etat für die Gebäudesanierung erhöhen. Für entsprechende Programme sollen künftig 400 Mio. Euro mehr ausgegeben werden. Denn die Hilfen werden in der Bevölkerung

– man höre und staune –

gut angenommen – und die konjunkturellen Effekte sind deutlich sichtbar.

Nur fünf Monate später kritisieren die Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft und die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ in einer gemeinsamen Pressemitteilung, dass

die Kürzungspläne der Bundesregierung bei ... dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und der Städtebauförderung den Staat mehr kosten, als sie sparen. Diese Förderprogramme führen nachweislich zur Sicherung sowie zum Ausbau der Beschäftigungsverhältnisse, die weitere Einnahmen über Lohnsteuer und Sozialabgaben für die öffentlichen Kassen bringen.

Deutliche Kritik an den Sparplänen der Bundesregierung kommt auch von der Immobilienwirtschaft, dem Mieterbund, der IG BAU sowie der Wohnungsbaubranche. An deren Positionierung zeigt sich das ganze Ausmaß der Einsparmaßnahmen und deren Wirkung mehr als deutlich.

Was nach den Ankündigungen der Bundesregierung im Februar wirklich folgte, ist eine Halbierung der Mittel im Haushaltsentwurf 2011 gegenüber dem Vorjahr, ein Schritt in eine Richtung, die nicht in die Zukunft weist. Untersuchungen zu den Beschäftigungseffekten des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms zeigen, dass 1 Milliarde Euro Investition zur Sicherung von 20 000 Vollzeit-arbeitsplätzen pro Jahr führt. Hinzu kommt, dass jeder geförderte Euro bei den Programmen bis zu 9 Euro an privaten Investitionen nach sich zieht. Zusätzliches Kapital wird aktiviert. Im jüngsten Antrag der Koalitionsfraktionen zum Bericht der Bundesregierung zur Lage der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft klingt es schon zynisch, dass die Schlüsselrolle der Baubranche bei der Bewältigung des Klimawandels hervorgehoben wird, wenn gleichzeitig mit den Haushaltsentwürfen massive Sparmaßnahmen vorgenommen werden. Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Folgen und den Arbeitsplatzverlusten im Handwerk und im Mittelstand ist der erneute Vertrauensverlust bezüglich des Handelns dieser Bundesregierung schwerwiegend. Kleinere Betriebe, aber auch Eigentümer und Investoren kritisieren die Einsparungen zu Recht.

(Gustav Herzog [SPD]: So ist es!)

Das größte Potenzial zur Vermeidung von CO₂ bis zum Jahr 2020 steckt in Wohngebäuden sowie gewerblichen und öffentlichen Immobilien. Für die Bundesregie-

(D)

Michael Groß

- (A) rung gibt es noch viel zu tun, um die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen. Durch die Einsparungen der Bundesregierung kommt das notwendige Sanierungstempo eindeutig zum Erliegen. Fachleute schätzen den Finanzierungsbedarf für die nötige Sanierungsrate auf 5 Milliarden Euro pro Jahr, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Drei von vier Wohnungen in Deutschland sind energetisch sanierungsbedürftig. Hinzu kommen 150 000 Schulen und Kindergärten. Rund 85 Prozent des gesamten Energiebedarfs in privaten Haushalten fallen für Heizung und Warmwasser an. Ein erheblicher Teil der Heizkosten lässt sich durch die Modernisierung von Fenstern, gute Dämmung von Fassaden und Dächern sowie neue Heizungsanlagen einsparen. Energieeffizientes Wohnen wirkt sich so direkt auf den Geldbeutel der Eigentümer und Mieter aus.

Der Ausfall bei den Investitionen wird sich erneut direkt auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen auswirken. Kommunen tragen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen und somit erheblich zur wirtschaftlichen und klimapolitischen Zukunftsvorsorge bei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass die Programme der Städtebauförderung, zum Beispiel „Soziale Stadt“ und Stadttumbau Ost und West, abgewickelt werden. Allein übrig bleibt ein unspezifisches Schrumpfungprogramm. Das bedeutet das Aus für einen Großteil der bundesweit 3 400 Gebiete, in denen Städtebauförderung betrieben wurde.

- (B) Für eine nachhaltige und zukunftsweisende Entwicklung der Städte und Gemeinden sind die Bundesländer und Kommunen auf eine engagierte Klimaschutzpolitik des Bundes und eine Fortentwicklung der Instrumente zwingend angewiesen. Die SPD hat in ihrer Regierungszeit die entscheidenden Impulse gegeben. Aufgabe der Politik muss es sein, einen nachhaltigen und sozialverträglichen Ansatz zu verfolgen, der Barrierefreiheit, demografischen Wandel und Klimaschutz verbindet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich fasse zusammen. Durch die ambitionierten Programme müssen vier Ziele erreicht werden: Die Klimaschutzziele müssen in den geplanten Zeiträumen erreicht werden; Arbeitsplätze müssen generiert und gesichert werden; die Energiekosten müssen für alle bezahlbar bleiben; lebenswerte Städte und Gemeinden müssen gestaltet werden. Deshalb fordern wir Sie auf, die angekündigte Mittelkürzung zu unterlassen und die Programme weiterzuentwickeln.

Ich komme zum Schluss: Auf der Homepage des Bundesbauministeriums finden Sie interessanterweise folgenden Satz zur CO₂-Gebäudesanierung: „Die Bundesregierung handelt konsequent ...“ Ich fasse zusammen: Die Bundesregierung untergräbt Klimaschutzziele, gefährdet Arbeitsplätze und vernachlässigt die Kommunen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU:
Polemik pur!) (C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Peter Götz für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Peter Götz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Städtebauförderung braucht nicht gerettet zu werden. Die Mittel dafür stehen im Einzelplan 12 des Entwurfs des Bundeshaushalts. Lieber Kollege Groß, im Hinblick darauf, dass der Umfang der Förderung einmal wächst und einmal sinkt, ist politische Untergangsrhetorik durchaus unangebracht.

(Sören Bartol [SPD]: Wir können den
Haushalt lesen!)

Die Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung ist unbestritten. International werden wir darum beneidet. Seit nunmehr knapp 40 Jahren leisten wir mit der Städtebauförderung erfolgreich einen Beitrag zur Verbesserung der Innenentwicklung unserer Städte und Gemeinden. Sie hat sich bewährt und wurde stetig und zielgerichtet weiterentwickelt und den jeweiligen Anforderungen angepasst.

Es gibt viele gute Beispiele in unserem Land, die dies eindeutig dokumentieren. Ein Beispiel ist Pirmasens, wo der Strukturwandel dieser von der Schuhindustrie geprägten Industriestadt unterstützt wurde. Weitere Beispiele sind die Spandauer Vorstadt in Berlin, das Holländische Viertel in Potsdam und die Aufwertung des Nordostbahnhofs in Nürnberg. Schauen Sie sich auch die städtebaulichen Maßnahmen in Greifswald, Essen, Kassel, Bamberg, Leinefelde usw. an. Das könnte beliebig fortgesetzt werden. All das sind gelungene Beispiele, und ein Besuch lohnt sich. (D)

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Das haben Sie doch nicht gemacht! Sie machen jetzt genau das Gegenteil!)

Ich lade Sie auch in meinen Wahlkreis nach Rastatt oder nach Baden-Baden ein, wo nach dem Abzug mehrerer Tausend Angehöriger der französischen Streitkräfte ganze Stadtteile mit Städtebaufördermitteln neu geordnet wurden,

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Das haben Sie auch nicht gemacht!)

und das war nicht in Ihrer Regierungszeit.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Und was passiert jetzt?)

Vor dem Hintergrund dringend notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Woche den Bundeshaushalt 2011 beschlossen.

Peter Götz

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Uwe Beckmeyer [SPD]: CO₂-Gebäudesanierung ist das Thema!)

Eine der vielen darin enthaltenen Sparmaßnahmen ist die Reduzierung der Mittel für die Städtebauförderung; das bleibt nüchtern festzustellen.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: CO₂-Gebäudesanierung ist das Thema! – Gegenruf des Abg. Patrick Döring [FDP]: Die Städtebauförderung ist auch Thema!)

Das schmerzt die Fachpolitiker genauso wie die Vielzahl jener, denen die Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung bewusst ist. Wir wissen: Nicht nur die Städtebauförderung, sondern auch andere Politikfelder sind von den Kürzungen betroffen, und die Begeisterung dafür ist auch dort begrenzt und überschaubar.

Die vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen sind ein Teil des Weges, den wir gehen müssen, um die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse einzuhalten. Die Schuldenbremse haben wir alle gemeinsam beschlossen, und ich sage auch: Sie ist richtig. In den letzten Jahren haben wir im Rahmen der Konjunkturpakete I und II zig Milliarden Euro an Bundesmitteln für die Städte, Gemeinden und Kreise ausgegeben, um die Konjunktur zu stützen. Dafür haben wir zu Recht von vielen Seiten Beifall erhalten. Davon flossen übrigens auch zusätzliche Gelder in die Städtebauförderung und die Stadtentwicklung.

- (B) Nachdem die Wirtschaft aufgrund der politischen Entscheidungen, die wir hier in diesem Hause getroffen haben, jetzt nachweislich wieder wächst, muss nun als nächster Schritt die Phase der Haushaltskonsolidierung folgen, damit wir auch in Zukunft wieder mehr für den Städtebau tun können.

Für uns ist es wichtig, dass die Städtebauförderung in dieser Diskussion nicht ganz dem Rotstift zum Opfer gefallen ist und dass sich Bundesminister Peter Ramsauer klar und eindeutig zur Städtebauförderung bekannt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In dieser Woche hat der Minister zusammen mit den Ländern den Dialog zur Perspektive der Städtebauförderung in Gang gesetzt. Herr Staatssekretär Mücke, ich bitte darum, in diesen notwendigen Dialog frühzeitig auch die kommunalen Spitzenverbände einzubinden, damit ihr Sachverstand genutzt werden kann. Denn die Betroffenen sind letztlich die Städte und Gemeinden.

Wir wollen übrigens auch die Gemeindefinanzen nachhaltig stärken. Deshalb hat die Bundesregierung eine Gemeindefinanzreformkommission eingesetzt. Der Zwischenbericht lag uns diese Woche vor. Die Ergebnisse werden wir im Herbst dieses Jahres beraten.

Doch zurück zur Städtebauförderung. Wir sollten die Debatte um eine Mittelreduktion auch als Chance sehen. Wir müssen die Effizienz der Städtebauförderprogramme verbessern, damit mit weniger Geld mehr Nutzen entsteht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Wir sollten prüfen, wie durch eine Bündelung der verschiedenen Programme Überschneidungen, die immer wieder kritisiert werden, vermieden werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir sollten auch über eine Priorisierung der uns besonders wichtigen Handlungsschwerpunkte im Bereich der Städtebauförderung nachdenken. Unsere alternde Gesellschaft und Klimaschutzfragen sind dabei besonders zu berücksichtigen. Des Weiteren sollten wir kreative Wege suchen, wie wir für bestimmte Programmteile alternative Finanzierungsquellen erschließen. Dies gilt für den öffentlichen wie für den privaten Bereich.

Die Städtebauförderung ist unbestritten auch ein Konjunkturprogramm, das viele private Investitionen auslöst. Sie ist eine wichtige Stütze für das heimische Handwerk und den Mittelstand. Auch deshalb ist es richtig, sie zu erhalten und weiterzuentwickeln. Das gilt übrigens auch für das -Gebäudesanierungsprogramm, auf das mein Kollege Volkmar Vogel noch näher eingehen wird.

Übrigens hat der Haushaltsausschuss mit der Vorlage des Entwurfs des Bundeshaushalts 2011 in dieser Woche die Haushaltssperre beim Marktanzreizprogramm aufgehoben. Das heißt konkret, dass die Antragsteller jetzt ihre Bundeszuschüsse im Bereich der erneuerbaren Energien und bei der energetischen Sanierung im Gebäudebestand erhalten können.

(D)

(Zuruf von der SPD: Viel zu spät! – Uwe Beckmeyer [SPD]: Das haben wir doch schon im letzten Jahr beschlossen!)

Für die Folgejahre sind dafür weit über 1 Milliarde Euro vorgesehen. Das ist übrigens mehr als doppelt so viel, als die rot-grüne Regierung seinerzeit einzusetzen bereit war.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Städtebauförderung ist das wichtigste kommunalpolitische Instrument für die Lebensqualität der Menschen und die Stärkung der Innenentwicklung unserer Städte und Gemeinden. Sie ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll, und sie hat sich bewährt.

Deshalb arbeiten wir dafür, dass diese Städtebauförderung auch nach nahezu 40 Jahren eine gute Zukunft hat.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Ein Schrumpfhauhalt bleibt ein Schrumpfhauhalt!)

Ich werde mich im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanberatungen dafür einsetzen, dass der Kürzungsumfang in der heute diskutierten Größenordnung nicht bestehen bleibt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Stephan Kühn für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stephan Kühn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Städtebauförderung dermaßen zusammenstreicht und die Programme abwickelt, dass er die Restmittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm im nächsten Jahr nochmals halbiert und 2012 gar keine Mittel mehr zur Verfügung stellt, macht genau das Gegenteil von intelligentem Sparen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Damit werden Sie nichts einsparen; vielmehr wird es den Staat im Nachhinein sehr viel kosten. Denn die ökologische Verschuldung wird zunehmen.

Vor allen Dingen ist es ein weiterer Beitrag Ihrer Politik zulasten der Kommunen. Denn Sie verhindern notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

Sie sparen, wie gesagt, auch nichts ein. Denn Sie gefährden Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand. Gerade jetzt, wo ein konjunktureller Impuls gebraucht wird, streichen Sie diese Programme zusammen.

(B) Man hat von Ihnen immer geglaubt, dass Sie gut rechnen können. Das Schlimme ist, dass Sie völlig die ökonomische Hebelwirkung vergessen, die von diesen Programmen ausgeht. Es ist zum Teil schon angesprochen worden: 2009 sind 2,2 Milliarden Euro öffentlicher Gelder in das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm geflossen. Dadurch sind private Investitionen in Höhe von 18 Milliarden Euro zustande gekommen. In der Städtebauförderung – dazu hatten wir eine Anfrage gestellt – hat 1 Euro aus öffentlichen Mitteln 8,5 Euro private Investitionen ausgelöst. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie des DIW. Das sind also rentable Fördermaßnahmen, die zu Mehreinnahmen führen – allein schon durch die Umsatzsteuer oder die Lohnsteuer.

Vor allen Dingen frage ich mich, wie Sie, wenn Sie diese Programme so massiv zusammenstreichen, Ihre Klimaschutzziele erfüllen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zuruf von der SPD: Gute Frage!)

Im Januar sind wir im Bauausschuss darüber unterrichtet worden, dass das Bundesministerium vorhat, sektorspezifische Energie- und Klimaschutzziele für den Bereich Verkehr und Gebäude aufzustellen. In dem Bericht an den Ausschuss heißt es – ich zitiere –:

Im Rahmen ihrer Klimaschutzpolitik im Gebäudebereich setzt die Bundesregierung auf den bewährten Instrumenten-Mix, der Vorgaben und Anreize miteinander verbindet, fordert und fördert. Ein etabliertes Werkzeug, dessen Wirksamkeit und Effizienz stets verbessert wird, ist das CO₂-Gebäudesa-

nerungsprogramm. Neben der Energieeinsparverordnung ... ist es die wichtigste Maßnahme der Bundesregierung für Energieeinsparung und Klimaschutz im Gebäudebereich. **(C)**

Nichts ist von Ihren Ankündigungen übrig geblieben. Bisher sind durch das Programm 7 Millionen Tonnen CO₂ eingespart worden. Und wir alle wissen, dass 20 Prozent unserer CO₂-Emissionen im Gebäudebereich verursacht werden. Es kann nicht sein, dass zwar einerseits das Ordnungsrecht mit der Energieeinsparverordnung 2009 weiterentwickelt wird, andererseits aber nicht die entsprechenden Anreize gegeben werden. Denn dann ist es für viele Private, aber auch für Wohnungsunternehmen überhaupt nicht mehr wirtschaftlich darstellbar, diese energetischen Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen.

Heute liegt die Sanierungsquote im Gebäudebereich bei 1 Prozent. Das bedeutet, dass wir – wenn wir so weitermachen und diese Anreize gestrichen werden – wahrscheinlich noch 100 Jahre brauchen werden, bis unsere Gebäude durchgehend saniert sind. Die Deutsche Energie-Agentur sagt: Wir brauchen eine Sanierungsquote von 3 Prozent und 5 Milliarden Euro für das CO₂-Sanierungsprogramm. – Offensichtlich sind diese Aussagen nicht gut angekommen; denn auch bei der dena wird gekürzt. Im Haushalt werden der dena im nächsten Jahr die Mittel für Projekte zur Steigerung von Energieeffizienz und zur Verbesserung von Klimaschutz im Gebäudebereich halbiert. Die Kürzungssorgie setzt sich also fort.

Ich kann nur fordern – und das tut meine Fraktion auch –, die Mittel im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf dem Niveau des Jahres 2009 zu verstetigen, die EFRE-Mittel, die wir auch für energetische Gebäudesanierung einsetzen können, endlich zu nutzen und die Städtebauförderungskürzungen zurückzunehmen. **(D)**

(Patrick Döring [FDP]: Und im Himmel ist Jahrmarkt!)

Denn ansonsten – das muss man ganz klar sagen – findet Städtebaupolitik und Baupolitik im Ministerium von Herrn Ramsauer überhaupt nicht mehr statt. Ich frage mich, wie wir unsere Städte auf das Problem demografischer Wandel und im Osten auf das Problem Stadtumbau Ost – Stichwort: zweite Leerstandswelle – überhaupt einstellen und sie dabei unterstützen wollen. Darauf geben Sie keine Antwort.

Anders sieht es im Verkehrsbereich aus. Da gibt es überhaupt keine Abstriche. Wir leisten uns weiter überdimensionierte Verkehrsprojekte, die keine privaten Investitionen zur Folge haben, sondern nur Folgekosten verursachen. Dann soll Herr Ramsauer ehrlich sein und die Begriffe „Bau“ und „Stadtentwicklung“ aus seinem Ministeriumstitel streichen. Dann können wir im Übrigen auch den Staatssekretär, der für dieses Thema zuständig ist, einsparen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Jan Mücke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jan Mücke, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist gut durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gekommen.

(Zuruf von der SPD: Dank Peer Steinbrück!)

Wir haben ein erfreuliches Wirtschaftswachstum, das in diesem Jahr bei 2 Prozent liegen wird. Einige gehen sogar von einem Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent aus. Wir können feststellen, dass wir in Deutschland nur noch knapp über 3 Millionen Arbeitslose insgesamt haben. In den neuen Bundesländern – das freut mich ganz besonders – liegt die Zahl der Arbeitslosen seit Anfang der 1990er-Jahre das erste Mal sogar wieder unter einer Million.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dass diese Erfolge erzielt werden konnten, liegt an staatlichen Ausgabeprogrammen, die zum großen Teil schuldenfinanziert gewesen sind. Dazu gehören die Konjunkturpakete I und II; dazu gehört auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Die damaligen Regierungsparteien haben sich für dieses Programm eingesetzt und durchgesetzt, dass für insgesamt vier Jahre pro Jahr 1,5 Milliarden Euro für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zur Verfügung stehen. Das ist ein Gesamtbetrag von 6 Milliarden Euro. Wenn ich mir heute die Bilanz anschau, dann kann ich für das Jahr 2010 feststellen, dass die Gesamtausgaben am Ende dieses Jahres bei 7,2 Milliarden Euro liegen werden. Sie können an diesen Zahlen sehen, dass die Bundesregierung dieses erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortgesetzt hat, obwohl Sie selbst – damit spreche ich ausdrücklich die Sozialdemokraten an – ursprünglich vorhatten, dieses Programm nur 4 Jahre lang mit einem Volumen von 6 Milliarden Euro durchzuführen.

Bei einer volkswirtschaftlichen Betrachtung im Sinne von Keynes ist es wichtig, nicht nur die von ihm vorgeschlagenen schuldenfinanzierten Ausgabenprogramme durchzuführen, sondern auch seine Forderung zu beherzigen, das öffentliche Defizit in Zeiten guter Konjunktur zurückzuführen. Das tun wir mit den Einsparungen, die wir jetzt vornehmen, da die Wirtschaft etwas besser läuft und sich der Haushalt positiver entwickelt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Uwe Beckmeyer [SPD]: Es geht hier nicht um Keynes, sondern um das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm!)

Das ist in den vergangenen Jahren oftmals vergessen worden. Man hat weiter versucht, die Konjunktur durch schuldenfinanzierte Programme anzuregen. Wir müssen jetzt die Aufgabe erfüllen, diese Programme zu reduzieren; so schmerzlich das ist.

Ich bin stolz darauf, dass es dieser Bundesregierung gelungen ist, dieses Programm überhaupt fortzusetzen. Ich bin stolz auf jede einzelne Million der 436 Millionen Euro, die wir im Jahr 2011 für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm vorsehen. Dieses Programm hat in den letzten Jahren eine große Arbeitsplatzwirkung gehabt. Es konnten damit über 300 000 Arbeitsplätze gesichert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass dieses Programm trotz aller Sparbemühungen im Haushalt in den nächsten Jahren fortgeführt wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wichtig ist, dass wir immer die Marktentwicklung betrachten. Ich habe mir heute Morgen die Mühe gemacht und mir das aktuelle Zinsniveau angesehen. Ein Blick darauf lohnt sich durchaus; denn ein Großteil des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms wird für die Verbilligung von Krediten verwendet, also für eine Zinssubvention. Als das Programm 2006 eingeführt wurde, lag der Zins für die Finanzierung einer Bestandssanierung bei ungefähr 4,5 Prozent. Heute Morgen war der aktuelle Stand 2,86 Prozent. Sie bekommen eine Finanzierung von 50 000 Euro mit einer Zinsbindung von fünf Jahren zu diesem Zinssatz. So niedrig sind die Zinsen noch nie gewesen. Wir sollten auf diesem historisch niedrigen Zinsniveau die Marktkräfte wirken lassen,

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Die Marktkräfte!)

und wir sollten darauf setzen, dass sich die Menschen jetzt sehr viel preiswerter mit Krediten versorgen können und sie deshalb ihre Häuser billiger auch energetisch sanieren können. Trotz dieser Zinsentwicklung werden wir weiter das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Uns ist bewusst, dass die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung schmerzlich ist. Wir wissen durchaus, dass wir gemeinsam mit den Kommunen eine große Verantwortung tragen. Aber bei diesen Städtebaufördermitteln handelt es sich um Bundesfinanzhilfen. Das soll man nie aus den Augen verlieren. Der Begriff deutet darauf hin, dass es eine gemeinsame Verantwortung gibt, also nicht nur die des Bundes, sondern auch die der Länder und der Kommunen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir in den nächsten Jahren mit weniger Geld eine intelligentere Stadtentwicklung betreiben.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Dann gehen Sie mal intelligenter voran! Davon merkt man nichts!)

Das wird keine ganz einfache Aufgabe werden. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass wir auch andere Fördertöpfe, zum Beispiel solche, die es auf europäischer Ebene gibt, anzapfen, um Städtebauförderung in den nächsten Jahren voranzubringen. Dass auch die Städtebauförderung einen Anteil zur Sanierung des Bundeshaushalts leisten muss, schulden wir unseren Kindern und unseren Enkeln; denn auch die Generationengerechtigkeit hat etwas mit der Zukunftsfestigkeit einer Gesellschaft zu tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Heidrun Bluhm das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Heidrun Bluhm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Götz, Sie tun so, als wären unsere Städte alle fertig.

(Volkmar Vogel [Kleinsaara] [CDU/CSU]: Die sind nie fertig! Es geht immer weiter!)

Nach der von Ihnen hier vorgelegten Bilanz könnte das Stadtumbauprogramm zu Ende gehen, weil wir so wunderschöne Städte haben. Und das sagen Sie als ehemaliger Bürgermeister!

(Peter Götz [CDU/CSU]: Ich habe gute Beispiele genannt! – Volkmar Vogel [Kleinsaara] [CDU/CSU]: Die Städte im Osten waren nicht nur fertig, sondern fix und fertig!)

Wie wollen Sie das Ihren Bürgermeisterkollegen in den anderen Städten erklären?

Was mich beeindruckt hat: Sie haben es in Ihrer Rede tatsächlich geschafft, keinen einzigen Satz dazu zu verlieren, dass es sich hier um eine Halbierung der Förderung, die wir bereits in Aussicht gestellt hatten, handelt. Gerade im Bereich Bauen besteht die Verlässlichkeit darin, dass man, auch als Kommune, über Jahre planen können muss. Ich weiß nicht, wie Sie Ihren Bürgermeisterkollegen erklären wollen, dass wir die Hälfte, also 50 Prozent, der zugesagten Mittel – wir hatten die Fortschreibung unseres Haushalts vereinbart – für alle infrage kommenden Förderprogramme streichen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kurz bevor das Sparprogramm verabschiedet wurde, hat unser Fachminister Ramsauer insbesondere zur Immobilienwirtschaft gesagt – ich zitiere –:

Die Immobilienwirtschaft ist eine tragende Säule unserer Volkswirtschaft. Sie stärkt den Standort Deutschland und trägt maßgeblich dazu bei, Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Die Branche ist eine der größten Wirtschaftszweige mit mehr als 460 000 Erwerbstätigen und einer Bruttowertschöpfung von mehr als 260 Milliarden Euro.

(Peter Götz [CDU/CSU]: Hat er recht!)

Zusammen mit der Bauwirtschaft findet dort eine jährliche Wertschöpfung von über 400 Milliarden Euro statt. Wenn wir uns bewusst machen, welche Wirkungen das auf die Bauwirtschaft und auf die Immobilienwirtschaft hat – ich rede jetzt noch nicht einmal von den Städten, die die Städtebaumittel brauchen –, dann wird uns klar, dass die Zahlen zur Arbeitslosigkeit, die Herr Mücke hier eben vorgetragen hat, überhaupt keinen Bestand haben werden und dass es eine Rückwärtsentwicklung ge-

ben wird. Sie zielen jetzt mit der Abrissbirne genau auf die tragende Säule, von der der Minister spricht. (C)

Meine Damen und Herren der Regierung, Ihnen ist in den letzten Tagen wie auch heute sicher schon hundertfach vorgerechnet worden, um wie viel mehr die von Ihnen so hochgeschätzten Wirtschaftszweige der Immobilienwirtschaft und der Bauwirtschaft durch die vermeintlichen Einsparungen in Ihrem Etat gebeutelnt werden. Herr Groß hat hier aufgeführt, von wem wir im Moment mit Stellungnahmen überschwemmt werden und was das für Konsequenzen hat:

(Patrick Döring [FDP]: Das ist immer so!)

Nahezu alle Verbände, nahezu alle Betroffenen sind zu 100 Prozent der Auffassung, dass das, was wir hier machen, wirklich der Konkurs ist. Ich glaube nicht, dass das, was wir so erfolgreich in Gang gesetzt haben – wir alle haben voller Stolz immer wieder berichtet, was das für die Wirtschaft in Deutschland bedeutet hat –, jemals wieder so wird, wie es einmal war, ganz zu schweigen von den Mehraufwendungen und vor allem von den Verlusten der anderen Ressorts, zum Beispiel des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Wir werden merken, dass es zusätzliche Arbeitslose, mehr Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV und mehr Wohngeldempfänger gibt. Wahrscheinlich wird es dann Maßnahmen geben, auch Transferleistungen wie das Wohngeld zu kürzen.

(Patrick Döring [FDP]: Das ist ein Zerrbild, was da gezeichnet wird!)

Dabei ist das, was Sie tun, nicht einmal Sparen; denn Sparen hieße ja, für die Zukunft vorzusorgen. Unsere Kinder und Enkel, die vorgeblich vor weiter wachsenden Schulden bewahrt werden sollen, werden ein Vielfaches von dem, was jetzt weggestrichen wird, aufbringen müssen, um die ihnen hinterlassenen ökologischen Lasten und vor allem die demografischen Probleme noch irgendwie in den Griff zu bekommen. (D)

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: So ist das!)

Die Erderwärmung werden wir ihnen ebenso wenig ersparen können wie den Mangel an altersgerechtem und barrierefreiem Wohn- und Lebensraum. Drastische Unterversorgung mit bezahlbaren Wohnungen in prosperierenden Regionen kriegen Sie mit diesem Streichpaket ebenso wenig kleingespart wie den dramatischen Wohnungsleerstand und den Zerfall ganzer Quartiere, vor allem in den schrumpfenden Regionen.

Erfahrungsgemäß heißt das: Was einmal weg ist, das taucht auch nie wieder auf, Herr Mücke. Deswegen wage ich zu prognostizieren: Wenn dieses Sparpaket so durchgezogen wird, wie beabsichtigt, ist das der Einstieg in den Ausstieg aus den Klimaschutzziele, ist das der Anfang vom Abschied des Bundes aus dem Stadtumbau Ost und West, aus dem Programm „Soziale Stadt“, aus der Förderung aktiver Stadt- und Ortsteilzentren, und selbstverständlich ist das auch der K.o. für die soziale Wohnraumförderung der Länder. Denn die Länder werden – das kann man ihnen in dieser Situation nicht einmal verübeln – die freigesetzten Kofinanzierungsmittel nicht sparen, –

(A) **Vizepräsidentin Petra Pau:**
Kollegin Bluhm, achten Sie bitte auf das Signal.

Heidrun Bluhm (DIE LINKE):

– sondern sie werden sie gezwungenermaßen zur Lösung anderer Probleme ausgeben, sodass sie auch dieses Geld später nicht mehr haben.

Wir als Linke wollen – –

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das war jetzt ernst gemeint. Sie haben Ihre Redezeit bereits überschritten.

Heidrun Bluhm (DIE LINKE):

Entschuldigung. – Wir wollen dem sozialen Grundbedürfnis nach Wohnen gerecht werden, und deshalb unterstützen wir die beiden Antragsteller SPD und Grüne.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Volkmar Vogel das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) **Volkmar Vogel (Kleinsaara) (CDU/CSU):**
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Städte werden nie fertig sein. Sie stehen nämlich immer wieder vor neuen Herausforderungen. Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind der demografische Wandel und die Energieeinsparung, damit Nebenkosten bezahlbar bleiben sowie Umwelt und Klima geschützt werden.

Die Strukturanpassungen unterstützt der Bund mit seinen Städtebauförderprogrammen.

Nun können wir mit der Opposition über die vorliegenden Anträge streiten, darüber, dass diese Programme nicht mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet sind.

Ich möchte hier aber gemeinsam mit meinem Kollegen Peter Götz noch einmal ganz deutlich erklären: Wir werden keines der Programme streichen. Sie bedienen alle Belange des Städtebaus in ihrer Vielschichtigkeit und in ihrer Differenziertheit,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

also regional, nach Eigentümerstruktur, nach Bewirtschaftungsform, nach sozialen Belangen und nach ökologischen Erfordernissen.

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm hat sich auf diesem Feld ganz besonders bewährt: klimapolitisch für die Umwelt, konjunkturpolitisch für das Handwerk sowie das Baugewerbe und wohnungspolitisch in Bezug auf den Modernisierungsgrad der Gebäude.

(C) Meine Damen und Herren, gemessen am Sanierungsbedarf – das muss man an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen – werden wir dieses Programm nie ausfinanzieren können. Wie wir alle wissen, ist der Bedarf nämlich so groß, dass wir wahrscheinlich den gesamten Investitionshaushalt des Bundes in das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm stecken könnten und es trotzdem nicht ausreichte.

(Peter Götz [CDU/CSU]: So viele Handwerker gibt es gar nicht!)

Wir müssen die privaten Initiativen unterstützen, und zwar mit Geld, aber – das kam heute in der Diskussion aus meiner Sicht zu kurz, bzw. wurde außer von meinem Kollegen Peter Götz noch gar nicht genannt – vor allen Dingen auch durch einfache, nachvollziehbare Regelungen.

Trotzdem helfen die gezielten Anreize des Programms, Investitionen freizusetzen – besonders im Handwerk und bei mittelständischen Baufirmen.

Das Programm war bis Ende 2011 ausgelegt. Danach wäre Schluss. Derzeit laufen Untersuchungen, welche Wirkung es zeigt. Im internationalen Maßstab liegt es ganz vorn; ich denke, sogar auf Platz eins. Deshalb wird die christlich-liberale Koalition prüfen – das werden wir auch positiv tun –, wie dieses Programm noch effizienter fortgeführt werden kann.

(D) Ich möchte an dieser Stelle an Folgendes erinnern: 2009 standen 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung. 750 Millionen Euro davon haben wir aus 2010 und 2011 vorgezogen. Trotz der erkennbaren Finanzlücke haben wir den Haushaltsansatz für 2010 durch Vorziehung aus 2011 noch einmal um 400 Millionen Euro auf 1,4 Milliarden Euro aufgestockt.

Die Sparzwänge durch die Schuldenbremse gehen leider auch an diesem Programm nicht vorbei.

Lassen Sie mich an dieser Stelle bekräftigen: Die Kollegen meiner Fraktion und ich sind nach wie vor der Meinung, dass das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm eines der erfolgreichsten klimapolitischen Förderinstrumente der Bundesrepublik ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Uwe Beckmeyer [SPD]: Wohl wahr!)

Dennoch muss jetzt bedachtes, nachhaltiges und vor allem generationengerechtes Handeln, besonders in Haushaltsfragen, im Vordergrund stehen. Wir müssen uns in diesen Zeiten damit abfinden, dass wir nicht unbegrenzt zusätzliches Geld ausgeben können.

(Zuruf von der SPD: Nicht zusätzliches!)

2012 wäre mit dem Programm Schluss. Wie gesagt, wir prüfen die Fortschreibung. Was ist in Anbetracht nötiger Sparzwänge besser – 2011 ohne Kürzung circa 800 Millionen Euro auszugeben und dann garantiert Schluss machen zu müssen oder eine Fortsetzung auf niedrigem Niveau, um das Programm am Laufen zu halten?

Volkmar Vogel (Kleinsaara)

- (A) (Gustav Herzog [SPD]: Erhöhen Sie doch die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen! Dann haben Sie das Geld!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Meinung, dass Letzteres der geeignetere Weg ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie Staatssekretär Mücke bereits ausgeführt hat, kann das derzeit niedrige Zinsniveau nämlich eine günstigere Kreditaufnahme ermöglichen.

Die effektive Förderung von Einzelmaßnahmen in der Breite bewirkt ein besseres Ergebnis für Wirtschaft und Klimabilanz als eine teure Förderung zur Erreichung des absoluten Spitzenwertes an Effizienz. Es ist doch allemal besser, mit einer bestimmten Geldsumme in der Breite viel zu erreichen, als mit einem Betrag, der nur für die Spitze eingesetzt wird, eine viel geringere CO₂-Minde- rung zu erzielen.

Deswegen kommt es aus unserer Sicht darauf an, dass wir das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm in der Zukunft flexibler handhaben.

Dies gilt übrigens auch in Verbindung mit anderen Programmen. Der Ansatz der Verknüpfung der Programme im Städtebau muss gerade bei knappen Kassen konsequent fortentwickelt werden. Altersgerechtes Wohnen, Barrierefreiheit, Energieeffizienz, soziale und technische Infrastruktur sowie Gebäudemanagement müssen im Komplex betrachtet werden.

- (B) Dafür haben wir unsere bewährten Programme. Deshalb führen wir sie weiter, und deshalb werden wir sie finanziell so ausstatten, wie wir es uns leisten können: mal schlechter, aber garantiert auch wieder besser. Daran – davon bin ich überzeugt – werden die Baupolitiker der Koalition arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/2346, 17/2395 und 17/2396 an

- die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorge- (C)
schlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 37 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Wolfgang Wieland, Dr. Konstantin von Notz, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Elektronischen Personalausweis nicht einführen

– Drucksache 17/2432 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die **Reden** zu diesem Tagesordnungspunkt **zu Protokoll** zu nehmen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Es handelt sich um die Reden folgender Kolleginnen und Kollegen: Stephan Mayer, CDU/CSU, Frank Hofmann, SPD, Manuel Höferlin für die FDP, Jan Korte für die Fraktion Die Linke und Wolfgang Wieland für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.¹⁾

Auch hier wird interfraktionell die Überweisung der Drucksache an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

- Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tages- (D)
ordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bun-
destages auf Dienstag, den 14. September 2010, 10 Uhr,
ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ich wünsche Ihnen erholsame Tage, manche neue Er-
kenntnisse und Ideen. Wir sehen uns dann am 14. Sep-
tember hier wieder.

(Schluss: 14.27 Uhr)

¹⁾ Anlage 2